

sein Name fehlt noch in den Listen zum roten Volksbegehren!

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Verantwortlich für Ostdeutschland: Otto Gabel, Dresden; für Westdeutschland mit Ausnahme der Auslandskorrespondenz: Ernst Meißner, Berlin; für die Auslandskorrespondenz: Gerhard Grabs, Dresden; für die Auslandskorrespondenz: Otto Gabel, Dresden; für die Auslandskorrespondenz: Otto Gabel, Dresden; für die Auslandskorrespondenz: Otto Gabel, Dresden.

Jahrgang Dresden, Mittwoch den 9. Dezember 1931 Nummer 201

## Brünings neue Notverordnung

# Ausnahmezustand über ganz Deutschland!

Brüning holt die „äußersten Reserven“ zur Rettung des Kapitalismus. 750 000 Rentnern wird die Rente entzogen. Versammlungs- und Uniformverbot, Abzeichen dürfen nicht getragen werden. Die SPD will die Brüning-Regierung nicht weiterhin tolerieren. Formiert die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau und politische Unterdrückung.

Die angekündigte große Notverordnung der Brüning-Regierung ist gestern abend vom Reichspräsidenten in Weimar unterzeichnet worden. Eine Stunde später wurde sie durch den Reichsfinanzminister Brüning in der Reichsbank in Berlin der bürgerlichen Presse übergeben und um neun Uhr machte der Reichsfinanzminister die wesentlichen Grundzüge seiner Notverordnung bekannt.

Die neue Notverordnung, die 46 Seiten stark ist, übertrifft in ihren Maßnahmen noch alle Ankündigungen. Die einzelnen Bestimmungen als „Heranziehen der äußersten Reserven“ bezeichnet, ist es in Wirklichkeit viel mehr. Durch die Bestimmungen der neuen Notverordnung wird die Not und der Hunger für Millionen werttätiger Deutscher ins Unerträgliche gesteigert; aber den Kampfwillen der Massen kann auch die neue Notverordnung der Brüning-Groener-Regierung nicht brechen.

Noch fester als bisher schließen sich die Werttätigen zur roten Einheitsfront gegen Not und Reaktion, gegen Kapitalismus und kapitalistischen Bankrott zusammen und kämpfen unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands für Freiheit, Arbeit und Brot, für den Sozialismus.

### Lohnsenkung auf den Stand von 1927

Löhne und Gehälter werden auf den Stand von 1. Januar 1927 gekürzt. Die Beamtengehälter werden ab 1. Januar um 10 Prozent gekürzt. Da aber die Tariflöhne und nicht die tatsächlich gezahlten Löhne von 1927 zur Grundlage genommen werden, bedeutet die Verordnung praktisch eine Senkung auf den Stand von 1923. Wichtig ist noch, daß die Lohnsenkung gleichzeitig mit der „Preissenkung“ erfolgen soll.

### 2 Jahre keine Betriebsratwahlen mehr

Nach der Notverordnung wird die Regierung ermächtigt, die Wahlperiode der jetzt amtierenden Betriebsräte bis Ende 1933 zu verlängern.

### Preis- und Zinssenkung

Die Kartell- und Innungspreise sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Die Gütertarife der Reichsbahn und der kaiserlichen Betriebe sollen gekürzt werden. Diese Maßnahmen sind ausschließlich zu Lasten der Reichsbahn- bzw. kaiserlichen Betriebe. Die Senkung der Mietmieten um 10 Prozent und der Nebenkosten um 15 Prozent fällt bei dem ungeheuren Anstieg der Mieten überhaupt nicht ins Gewicht. Die Zinsen für alle öffentlichen Anleihen werden von 8 auf 6 Prozent herabgesetzt. Durch die Kürzung der Zinsen werden zahlreiche Sparpläne gefährdet. Für rückständige Zinszahlungen werden, wie bisher, 120 Prozent jährlich, sondern nur noch 12 Prozent gezahlt.

### 2,5 Prozent Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer wird allgemein auf 2 Prozent erhöht. Die Ausnahme von Getreide und Brot. Bei Betrieben mit einem Umsatz von mehr als 1 Million Jahresumsatz wird jedoch eine Umsatzsteuer von 2,5 Prozent gefordert.

### 50 000 Rentnern wird die Rente entzogen

Für die Invalidenrentner wird bestimmt, daß die bisherigen Leistungen weggelassen, davon werden 350 000 Rentner betroffen. In der Unfallversicherung werden alle kleinen Renten bis zu 20 Prozent gekürzt, wodurch 400 000 Unfallrentner in Zukunft ohne Rente sind. Die anderen Rentenjahre werden entsprechend gekürzt.

### Millionen für Großgrundbesitzer

Die Vermögensnotverordnung wird in ihren wesentlichen Teilen auf das ganze Reich ausgedehnt. Dadurch brauchen die bis über die Ohren verschuldeten Großgrundbesitzer im Westen und Süden ihre Schulden und Zinsen nicht mehr zu zahlen.

### Verbot von Uniformen und Abzeichen

Für das ganze Reich ist ein generelles Uniformverbot erlassen worden. Danach ist auch das Tragen von Uniformen, den KJVD usw. verboten. Verboten ist ferner das Tragen von Abzeichen politischer Partei, also auch der SPD und des Reichsbanners. Ferner ist verordnet, daß jede Schulung und Schulungswahl anmeldspflichtig ist.

### Schnellgericht gegen Beamtenbeleidigung

Die bestehenden Beleidigungsparagraphen werden abgeändert als öffentlich erklärt. Die Beleidigungsprojekte werden als öffentlich erklärt.

werden vor dem Schnellrichter gelährt. Der Umfang der Verweisanahme ist ganz in das Ermessen des Richters gestellt.

### Ab heute Ausnahmezustand

Der angekündigte Weihnachtsburgfrieden tritt bereits ab heute in Kraft und dauert bis zum 3. Januar. Faktisch bedeutet dieses den im Rundfunk angekündigten Ausnahmezustand.

Brünings neue Notverordnung verhängt über Deutschland den Ausnahmezustand. Jede Seite dieser Notverordnung ist

### Gabotage gegen rotes Volksbegehren!

Eine Stunde Weg zum Einzeichnungslokal in Freital. Einzeichnungslokal nur zwei Tage in der Woche geöffnet. Keine Kartei vorhanden.

Die Dresdner Unterbezirksleitung der Kommunistischen Partei übermittelte uns Abschriften einer Anzahl Beschwerden an die Amtshauptmannschaft Freital, die eine zusammengefaßte Uebersicht über unerhörte Sabotageakte von Gemeindebehörden gegen das rote Volksbegehren gewährt. In Freital bei Dresden, Ortsteil Roßthal sind zur Einzeichnung lediglich 2 Tage während der ganzen Laufdauer des Volksbegehrens, und zwar Sonntag, der 6. Dezember von 9 bis 12 Uhr und Mittwoch, der 9. Dezember von 16 bis 19 Uhr festgesetzt. In der betreffenden Einzeichnungsstelle sind keine Wählerlisten und keine Kartei vorhanden. Bei jedem Einzeichnenden muß der Beamte die Personalangabe auf telephonischem Wege durchzuführen.

Am 6. Dezember sandten die Wähler, daß sie sich überhaupt nicht einzeichnen konnten, weil das Telefon entwei war, und eine Wählerliste nicht vorhanden ist.

In Freitaler Gebiet ist die Sabotage ganz besonders auffällig. In ganz Freital gibt es nur 3 Einzeichnungslokale. Die Einwohner des Stadtteils Burgl müssen eine Stunde nach Deuben laufen, um sich einzuschreiben. Das gleiche gilt für die Stadtteile Janderode und Niederhöflich. Eine direkte Propagation stellt die Festsetzung der Einzeichnungszeiten dar. An drei Tagen in der Woche wird von 8 bis 16 Uhr, am Freitag von 8 bis 18 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 13 Uhr und am Sonntag von 10 bis 12 Uhr eingezichnet. Die Bewohner fordern selbstverständlich Einzeichnungszeiten bis 20 Uhr, da Freital eine ausgesprochene Arbeiterwohnortsgemeinde ist. Die Gemeinde Radeburg hat sich ein ähnliches Bild geleistet. Dort sind die Einzeichnungszeiten von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Arbeiter, die außerhalb Radeburgs beschäftigt sind, sind also außerstande, einzuschreiben zu gehen.

In Schönfeld bei Freital sind die Einzeichnungszeiten Bodentags von 17 bis 19 Uhr, während Sonntags überhaupt keine Möglichkeit besteht, sich einzuschreiben. Eine Gipsleistung stellt die Lage in der Gemeinde Krüsdorf bei Freital dar. Dort verweigert der Bürgermeister die öffentliche Bekanntgabe des Lokals und der Einzeichnungszeit. Aber auch in Dresden ist die Zahl der Einzeichnungslokale so knapp bemessen, so daß z. B. in Steinhilber die Wähler über eine halbe Stunde Weg haben, um zu dem Einzeichnungslokal in Kenntnis zu gelangen.

Diese Beispiele behördlicher Sabotage gegen das rote Volksbegehren fordern zu schärfstem Protest und öffentlicher Anprangerung der Verantwortlichen heraus. Es ist bezeichnend, daß, wie das Freitaler Beispiel zeigt, die Saboteure sich zum großen Teil aus örtlichen SPD-Führern zusammensetzen die mit solchen Methoden den Kampf um die Erhaltung des Schickregimes zu führen versuchen. Wenn die Dresdner Volkszeitung gestern wieder in ihrer kindlichen Art das Volksbegehren als eine „faschistische Angelegenheit“ hinzustellen versucht, und sich über die Propaganda der Arbeiterstimme für das rote Volksbegehren erhebt, so zeigt das deutlich genug, woher die Saboteure ihre Anregung beziehen.

Die Kommunistische Partei mobilisiert jedoch trotz Sabotage, Lügen, Hetze und Verleumdung mit der roten Volksbegehrenskampagne die Massen zum Kampf gegen jedes faschistische Regime, unter welchem Namen es auch segeln mag. Die kaiserlichen Proletarier werden die behördliche und politische Sabotage gegen das rote Volksbegehren durch Masseneinzeichnung in die Listen zu durchbrechen wissen!

### Dresden hat 20 000 überschritten

Es zeichneten sich in die Listen zum roten Volksbegehren am Dienstag ein:

in Dresden	3783, zusammen 20 100
in Chemnitz	6657, zusammen 37 000
in Leipzig	2483, zusammen 14 992

Aufholen, Dresden! Chemnitz hat noch die Spitze! Steigert die Werbung! Erkämpft tägliche Steigerung der Einzeichnungszahl!

## Nach Mitteilung des sächs. Innenminist. Versammlungen für das rote Volksbegehren statt!

Die für heute abend angekündigt.